



PKS: deutlicher Anstieg der Gewaltkriminalität und der Ausländerkriminalität

Ein Kommentar von Joachim Lenders,
erster stellvertretender Bundesvorsitzender

Sie ist wieder da – pünktlich wie jedes Jahr kommt sie druckfrisch auf den Markt und lässt nach allen Seiten vielfältige Interpretationsmöglichkeiten zu: die PKS (Polizeiliche Kriminalstatistik). Und man fragt sich – na und? Irgendwas Neues dieses Jahr? Zu den Fakten: Die Gesamtzahl der Straftaten ist um 5,5 Prozent gestiegen auf 5,94 Millionen Fälle. Die Gewaltkriminalität verzeichnet einen dramatischen Anstieg um 8,6 Prozent. Die Zahl der Tatverdächtigen stieg gegenüber 2022 um 7,3 Prozent auf 2,246 Millionen und von diesen besaßen 923 269 (ein Plus von 17,8 Prozent) keinen deutschen Pass. Ein Anstieg von 14,5 Prozent bei der Gewaltkriminalität nicht deutscher Tatverdächtiger gehört ebenfalls zu den Fakten.

Neu ist dieses Jahr tatsächlich der Umgang mit den Zahlen: deutliche, klare und unmissverständliche Worte einiger Innenminister. Der nordrhein-westfälische Innenminister Reul mahnt an, Fakten auch zu benennen und nicht zu verschweigen, der bayerische Innenminister Joachim Herrmann spricht von einer Überforderung bei der Integration. Nicht nur die Frage nach dem Standort von Unterkünften, auch die Zusammensetzung von Schulklassen und Kitagruppen sind Faktoren bei der Integration. Und der Vorsitzende der IMK (Innenministerkonferenz), Innenminister Stübgen, stellt fest, dass überdurchschnittlich viele Ausländer straffällig werden.

Die Zahlen sind nicht schön – der Anstieg in einigen Bereichen auch sehr deutlich, teilweise dramatisch, und doch ist zumindest ein Punkt erfreulich: Es wird nicht herumgeschwafelt – die Fakten werden benannt. Eigentlich müssten die Experten, die politisch Verantwortlichen und diejenigen mit dem nötigen Sachverstand an die Arbeit gehen, nach den Ursachen forschen, die notwendigen Konsequenzen ziehen und dafür Sorge tragen, dass die ausufernden Zahlen wieder eingedämmt werden. Gehören nicht auch Maßnahmen wie beispielsweise eine konsequentere Verurteilung der Täter dazu? Konsequentere Strafen ohne Bewährung? Eine Begrenzung der Zuwanderung? Oder hört an dieser Stelle „das gemeinsame Handeln gegen Kriminalität“ schon wieder auf?

Setzen wir dann doch wieder zig Beamte ein, um den Versuch zu machen, einen definierten gefährlichen Islamisten rund um die Uhr zu beobachten, damit wir die schwere Straftat doch noch kurz vorher verhindern können? Versuchen wir mit zig Sokos, den ständig ausufernden Straftaten von Familiencans beizukommen, die glauben, sich nicht an deutsche Gesetze halten zu müssen? Eigentlich müssen doch den Worten von Bundesinnenministerin Faeser auch Taten folgen – nämlich Abschiebung von ausländischen Straftätern. Was ist daran so schwierig? Nicht nur reden, einfach auch mal tun! Und dann kommen die hilflosen Argumente: So einfach lassen sich ausländische

Straftäter dann doch nicht abschieben – es gebe ja schließlich Gesetze und die stehen dem leider oft entgegen. Wer genau macht noch mal in Deutschland die Gesetze? Und die bestehenden Gesetze sind doch nicht in Stein gemeißelt. Der Kolumnist der Welt am Sonntag, Harald Martenstein, beschrieb es so zutreffend: „Wenn für die Inanspruchnahme des Asylrechts die gleichen Anforderungen gelten würden wie für die Inanspruchnahme einer Ermäßigung bei der Deutschen Bahn, nämlich ein Ausweis, dann wäre viel gewonnen.“

Kaum haben deutsche Innenminister das Problem beim Namen genannt und sich auf den Weg gemacht, Lösungen zu finden, kommen natürlich die selbst ernannten unvermeidlichen Schlauberger um die Ecke. Gern gesehene Gäste in den Nachrichtensendungen (ganz besonders natürlich bei den öffentlich-rechtlichen), um ihre Sichtweise der Dinge darzulegen. Kriminologe Singelstein gibt dann schon mal zu Protokoll, dass die Kategorie „nicht deutsch“ sehr wenig dazu aussagt, da sie ganz unterschiedliche Menschen vereint, die praktisch nichts miteinander zu tun haben: Touristen, Geflüchtete, aber auch Menschen, die seit Jahrzehnten in Deutschland leben. Und weiter folgert er, dass die möglichen Gründe für die Überrepräsentation vielfältig seien: Ausländer werden häufiger von der Polizei kontrolliert und darüber hinaus spiele die Alters- und Geschlechtsstruktur eine Rolle. Natürlich bleibt es sein Geheimnis, auf welcher wissenschaftlichen Basis er zu dieser Erkenntnis gekommen ist. Nun denn ... ist eben so. Und der nächste Kriminologe kommt dann gleich um die Ecke mit dem revolutionären Vorschlag, gleich die ganze PKS abzuschaffen. Der Kriminologe Martin Thüne plädiert dafür, „dieses PKS-System radikal infrage zu stellen, sich zusammenzusetzen und etwas Neues zu entwickeln“.

Lebhaft lässt sich vorstellen, was da Neues entwickelt werden soll. Die Zahlen müssen eben so lange hin- und hergebogen werden, bis alles wieder in das gewohnte Schema passt. Wäre doch gelacht, wenn dies nicht in der richtigen Zusammensetzung mit den selbst ernannten Experten gelingen würde. Da schließe ich mich inhaltlich voll und ganz dem Satz von Kolumnist Martenstein an:

„Trotzdem wird die sogenannte Ausländerkriminalität bestimmt sinken. Schon jetzt werden Menschen mit zwei Pässen in der Statistik als ‚deutsch‘ gezählt. Angeblich bemüht sich auch der Chef des Remmo-Clans um einen deutschen Pass, und wenn erst einmal alle Clans erfolgreich eingebürgert sind, wird die Statistik besser aussehen, und das Problem ist gelöst.“